

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Belegdruck: Die Schlesische Arbeiter-Zeitung über deren Raum 1,25 RM., außerdem 1,50 RM. Steuern und Postgebühren. Familiennachrichten, Vereine und Berjammungs-Anzeigen 0,50 RM. Belegdruck: Die Schlesische Arbeiter-Zeitung über deren Raum, hinter Text 4. RM.

Verlagsdruckerei: Die Schlesische Arbeiter-Zeitung über deren Raum 1,25 RM., außerdem 1,50 RM. Steuern und Postgebühren. Familiennachrichten, Vereine und Berjammungs-Anzeigen 0,50 RM. Belegdruck: Die Schlesische Arbeiter-Zeitung über deren Raum, hinter Text 4. RM.

Belegdruck: Die Schlesische Arbeiter-Zeitung über deren Raum 1,25 RM., außerdem 1,50 RM. Steuern und Postgebühren. Familiennachrichten, Vereine und Berjammungs-Anzeigen 0,50 RM. Belegdruck: Die Schlesische Arbeiter-Zeitung über deren Raum, hinter Text 4. RM.

Politische Uebersicht.

Die Absichten der Putschisten im Osten.

Nicht nur in Schlesien bereitet sich die Kapp-Gesellschaft zu neuen Schlägen vor. Die „Berliner Volkszeitung“ z. B. erzählt über die Absichten dieser Staatsstreichlüsternen:

„Die ostpreussischen Junker, die selbstverständlich ihre Güter schwer bewaffnet haben, arbeiten, Hand in Hand mit den baltischen Mandarstaaten, auf eine Abtrennung Ostpreußens vom Reich hin. Gegenüber den reaktionären Reichs- und Sicherheitswehrformationen kann die Reichsregierung sich allein auf die Königsberger Sicherheitspolizei verlassen.“

Doch auch dieses letzte Hindernis hofft man noch zu nehmen. Die Einwohnerwehren besitzen weiter alle ihre Waffen. Die Werbungen für neuzubildende Freikorps gehen lustig weiter. Die einen wählen das Vermont-, die anderen das Hakenkreuz. Auch in Westfalen nimmt das Aufsteigen der Gegenrevolution munter seinen Fortgang. Man kann anscheinend den großen Tag garnicht abwarten.

Das Proletariat darf nicht aufhören, in zum schärfsten Widerstand zu rücken. Es geht um Sein oder Nichtsein.

Die bewaffnete Bourgeoisie.

Die Auflösung der Einwohnerwehr ist durch das Ministerium des Innern auf das Verlangen der Entente hin vor einigen Wochen verfügt. Bei dieser Verfügung hat es aber sein Bewenden gehabt und zur Durchführung ist nie etwas geschehen und wird niemals etwas geschehen. Noch an keiner Stelle sind die Waffen der Einwohnerwehren eingezogen worden. Sämtliche Mitglieder der Einwohnerwehren sind noch heute im Besitz ihrer Waffen. Die Organisationen sind noch völlig intakt. Noch werden Uebungen in geschlossenen Formationen abgehalten. Alle diese Tatsachen beweisen, daß die Regierung weder den Willen noch die Macht hat, die von ihr selbst geschaffenen reaktionären Schutzhorden des Kapitalismus zu beseitigen.

Nach berühmten Muster.

Der bekannte Pazifist und ehemalige Kapitänleutnant Paasche ist auf seinem Gute „Hochzeit“ von Reichswehrsoldaten „auf der Flucht“ erschossen worden. Sein Gut wurde nach Waffen durchsucht; um sich der Verhaftung zu entziehen, soll er einen Fluchtversuch gemacht haben, auf dem er erschossen wurde.

Es ist absolut notwendig, sofort Licht in die dunkle Affaire zu bringen. Sicherlich fiel Paasche, gleich den anderen „Flüchtenden“, einem Mord der Offiziersklique zum Opfer.

Deutsche Gerechtigkeit.

Zur Beurteilung und Vertiefung der Rechtspflege in der Deutschen Republik werden wir ersucht, zwei in Erfurt gefällte Urteile hierher zu jehen:

1. Der 72-jährige Arbeiter Weidhaupt hatte 2 Schweine im Gesamtgewicht von 120 Pfund heimlich geschlachtet. Urteil: 2 Wochen Gefängnis und 1600 RM. Geldstrafe.

2. Der 64-jährige Feinwebler Degenhardt hatte ein Schwein im Gewicht von 150 Pfund heimlich geschlachtet und außerdem 350 Pfund Weizen austauschbar gekauft. Urteil: Summa summarum 360 RM. Geldstrafe.

Wir enthalten uns des Kommentars.

Worte und Taten.

Zusammengestellt von Karl Marchionini.

„Die Sozialisierung ist da!“

Das Kohlenmonopol wird sofort sozialisiert. Dadurch gewinnt das Reich, d. h. das ganze Volk noch vor der Sozialisierung der Gruben selbst maßgebenden Einfluß auf die gesamte Kohlen- und Schwerindustrie. Die Sozialisierung des Kalibergbaues ist in schleuniger Vorbereitung. Das allgemeine Sozialisierungsgesetz, das der Nationalversammlung vorgelegt ist, begründet an Stelle der früheren schrankenlosen Privatwirtschaft die deutsche Gemeinwirtschaft. Das Reich, d. h. wir alle regeln diese deutsche Gemeinwirtschaft.

Das Reich wird dafür sorgen, daß überall nach den Forderungen des Gemeininteresses nirgends im kapitalistischen Privatinteresse gewirtschaftet wird. Und das ist Sozialismus!

Das Reichsministerium. (Anfangs März 1919).

„Das Wesen unserer Verfassung

soll vor allem Freiheit, Freiheit für alle Volksgenossen... Die Nationalversammlung darf sich vor Gott und der Geschichte das Zeugnis ausstellen, daß sie in unermüdlicher Arbeit mit einer in der Parlamentsgeschichte kaum erlebten Anspannung und in edler vaterländischer Gesinnung die ihr gestellten Aufgaben gelöst hat. An dem deutschen Volke wird es jetzt sein, den Willen zum Leben durch

Wahrung von Ruhe und Ordnung, durch unermüdliche Arbeit zu betätigen.“

(Rechtssozialist Fritz Ebert bei der Vereidigung zum Reichspräsidenten.)

„Die Reichsregierung wird ein Gesetz

über Arbeiterräte und Wirtschaftsräte vorlegen, das den Arbeiter aus seiner bisherigen Stellung lediglich als Arbeitskraft heraushebt und ihn zum Mitbestimmer im Produktionsprozeß macht. Nicht mehr allein der kapitalistische Besitz, sondern die produktive Mitarbeit verleihen im neuen Deutschland Recht und Anteil. Damit ist die Idee des Kapitalismus endgültig verneint.“

(Ministerpräsident Bauer am 29. Juli 1919 in seiner Programmvrede in der Nationalversammlung.)

„Die Soldatenräte verschwinden nicht.

Sie werden mit ihren elementaren Befugnissen erhalten bleiben. Es wird deshalb heute und wird in aller Zukunft keine Rechtslosigkeit im Soldatenrat mehr geben... Die Arbeiterräte verschwinden ebenso wenig... Die Sozialisierung wird ebenso sicher kommen, in dem Maße und mit der Eile, die vorkapitalistisch nur irgendwie möglich ist. Die sozialdemokratische Fraktion befreit schon einen Enthaubantrag vor, der die Aufhebung der feudalen Bergregate und die Sozialisierung der Bergwerke vorschlägt.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten

hat auf seiner Tagung in Würzburg beschlossen, sich der Internationale der Kriegsoffer, die kürzlich unter Führung von Henri Barbusse in Genf gegründet worden ist, anzuschließen. Die reaktionäre Bundesleitung wurde nicht wiedergewählt.

Demokratie.

Die „Kölnische Volkszeitung“ ist in den Besitz der Kölner Eisenfirma Otto Wolff & Co. übergegangen, hinter der ein Bankenkonzern der Kölner Großbanken steht.

Was wollen die Deutschnationalen für eine Regierung?

Eine Regierung großagrarischer Bewanderung des Volkes.

Eine Regierung der Ludendorff, Kapp und Lüttwich.

Eine Regierung vom Geiste des Marloh, aufgebaut auf den Bajonetten.

Eine Regierung der Sabotage der Volksernährung.

Die Deutschnationale Volkspartei will durch Herbeiführung dieser Zustände die Niederwerfung der Revolution.

Sie waren die Arrangeneure des Kapp-Lüttwich-Putsches.

Gebt ihnen am 6. Juni die verdiente Quittung.

Kiew zurückerobert.

Kiew ist nach 15 stündiger Beschießung von den Bolschewisten eingenommen und besetzt worden. Der Zusammenbruch der polnischen Offensive wird der Anfang vom Ende des imperialistischen Polens sein. — Enseli (am Kaspiischen Meer) befindet sich in der Hand der Bolschewisten.

Der Sieg bei Polod.

Laut einem Funkpruch aus Moskau vom 21. Mai haben die Roten Truppen auf einer Front von 75 Werst südlich von Polod die polnische Linie durchbrochen. Nach der Vernichtung zweier polnischer Divisionen waren am 17. Mai bereits 4000 Quadratwerst Gebiet mit über

190 000 Einwohnern, darunter auch die Städte Disna und Lepel, besetzt. Eine ungeheure Menge von Kriegsgerät, darunter Tanks und Flammenwerfer französischer Herkunft, wurde erbeutet. Die Moral der polnischen Truppen ist sehr geschwächt, die Provinz Minsk in vollem Aufruhr. Die Aufständischen haben sieben Truppeneinheiten zur Entgleisung gebracht.

Ein Armeebefehl Trozki's.

Barmherzigkeit gegen alle Gefangenen.

In einem Tagesbefehl, den Trozki am 13. Mai an alle Truppen der West- und Südwestfront gerichtet hat, heißt es:

Unter allen Umständen sind Gefangene und Verwundete als Gegner, die Anspruch auf Schutz haben, zu behandeln.

Wenn die polnischen Weißen Garden Massaker verüben und nicht nur Kommunisten, sondern jeden Russen erschließen, der in ihre Hand fällt, so wird Sowjet-Rußland die herrschenden Klassen und nicht die polnischen Arbeiter dafür verantwortlich machen.

Jene polnischen Verbrechen verdienen nur eine Antwort: kräftigen Angriff gegen die polnischen Weißen Garden.

Rußland fühlt sich stark genug, die Verbrechen von Abenteurern nicht an irreführten polnischen Arbeitern zu vergelten.

Der internationale Kapitalismus gegen die Streiks.

Paris Der Abgeordnete Fleury-Marivain hat in der Kammer einen Gesetzesentwurf eingebracht, nach dem zukünftig Streiks nur dann erlaubt sein sollen, wenn alle interessierten Arbeiter, auch die nicht gewerkschaftlich organisierten, sich in geheimer Abstimmung mit absoluter Mehrheit für den Ausstand erklären. Alle acht Tage solle sodann eine Abstimmung stattfinden, um festzustellen, ob der Streik fortgesetzt oder abgebrochen werden solle.

Kopenhagen. Das amtliche Schlichtungsgericht für Arbeiterstreitigkeiten hat aus Anlaß des gegenwärtigen Ausstandes der Hafenarbeiter und Seeleute den Transportarbeiterverband zu 300 000 Kronen, den Seeleuteverband zu 400 000 Kronen und den Holzarbeiterverband zu 300 000 Kronen Geldstrafe verurteilt wegen Erklärung des ungesetzlichen Ausstandes.

Dazu schreibt die „Freiheit“:

Dieses Urteil zeigt den deutschen Arbeitern, was sie zu erwarten haben, wenn die neue deutsche Schlichtungsordnung Gesetz wird. Auch sie sieht draconische Geldstrafen vor für sogenannte „ungesetzliche“ Streiks, d. h. für Streiks, die nicht die Sanktion der hochwohlwollenden Regierungsbehörde gefunden haben. Da nämlich der unparteiische Vorsitzende des Schlichtungsausschusses von der obersten Landesbehörde ernannt wird, ist es klar, daß er im Verein mit den Unternehmerbeisitzern jeden Streik niederstimmen wird. Das bedeutet das Ende des Koalitionsrechts der Arbeiter- und Angestelltenchaft. Dieses „Antistreikgesetz“, das unter dem verächtlichen Namen Schlichtungsordnung das Licht der Welt erblickt hat, muß von der Arbeiter- und Angestelltenchaft niedergebungen werden.

Demonstration gegen Albert Thomas.

Der französische sozialimperialistische Munitionsminister im Kriege, Albert Thomas, der dieser Tage in einer Versammlung in Mailand über den Völkerverbund sprechen wollte, wurde daran von den anwesenden Sozialisten verhindert.

Anderer Sozialisierungsmaßnahmen sind in intensiver Vorbereitung

Weimar, den 1. März 1919.

Der Vorstand der 303. Partei Deutschlands.

Die 303. Fraktion der Nationalversammlung.

„Wir brauchen den Kapitalismus, wir müssen mit ihm Hand in Hand arbeiten!“

(Rechtssozialist Knohl, erster Vorsitzender des Zentralverbandes der Steinseher auf dem 10. Verbandstag der Steinseher in Dresden am 7. März 1920.)

Kapitalismus.

(Fortsetzung.)

III.

D. Li. Es ist bekannt, daß der geschäftlichen Hochkonjunktur während des Krieges, der Kriegshausse, die hemmungslöste Gewinnerrei nach dem militärischen Zusammenbruch, die Revolutionshausse, folgte. Warenangebot und Nachfrage standen (und stehen) bedingt durch den tatsächlichen Mangel an Produkten und durch kapitalistische Manipulation (Zurückhaltung) in einem durch und durch ungesunden Verhältnis. Das konzentrierte Kapital (unabhängiger Kapitalismus) in einer Hand, (Synthete) trieb die Preise mit den Weltmarktpreisen als Ziel unaufhaltsam in

Die Höhe. Die gestörte deutsche Valuta (besonders hervorgerufen durch die Milliardenverschleppungen ins Ausland, durch den Import von Luxusartikeln usw. nach dem Kriege; Tiefstand bis jetzt Anfang Februar 1920 1 Mt. = 4 Pf.) kam den Profitinteressen des deutschen Kapitals sehr gelegen. Das Ausland trat wegen des hohen Wertes seines Geldes als guter Käufer auf, und im Inland war die ausländische Konkurrenz nicht zu fürchten, da sie infolge der durch den schlechten Stand des deutschen Geldes hervorgerufenen Preissteigerung ihrer Einfuhr schwer einbringen konnte. Der deutsche Ausverkauf ging flott von statten, der proletarische Konsument wurde immer mehr beimammernswerten Spielball des profitollen Kapitals, seine Kaufkraft sank unablässig.

Vor einigen Wochen setzte nun der Umschwung in den Valutaverhältnissen ein: Die Mark begann zu steigen und erhöhte schließlich ihren Wert um mehr als hundert Prozent. Die deutschen Werte in fremder Hand, Kreditabkommen und das große Interesse des ausländischen Exportkapitals am deutschen Markt riefen die Besserung hervor. Das Steigen der Valuta schaltete indes eine Wirtschaftskrise ein, die sich von Tag zu Tag verschärft und ungeheuerere Auswirkungen hervorruft. Die deutsche Ausfuhr geriet ins Stocken, da die Aufnahmefähigkeit des fremden Marktes infolge der erhöhten Preise selbstverständlich sank, im Inland setzte automatische Käuferstreik ein, da man an ein weiteres Steigen der Mark, also an eine fortschreitende Warenverbilligung glaubt.

Die Kaufzurückhaltung der Konsumenten bezieht sich natürlich in der Hauptsache auf die besitzenden Schichten der Bevölkerung, da ja die proletarischen Massen (Arbeiter, Angestellte, Beamte, Rentner) infolge der Preissteigerung als Käufer an und für sich nur in recht beschränktem Maße in Betracht kommen. In der Tat sind in den verschiedensten Wirtschaftszweigen Preisstürze eingetreten, die allerdings beim Kleinhandlender vorläufig noch schmerzhaft in Erscheinung treten. Der Preisrückgang am Produktmarkt ist aus nachstehender Tabelle ersichtlich.

Table with 6 columns: Product, 1.9.1919, 6.3.1920, 13.4.1920, 17.4.1920, 8.5.1920. Rows include: Hafer 1000kg M., Weizen 50 kg, Getreide u. grüne Erbsen, Weizen, Lupinen, Geradella, Weizenheu, Stroh, drahtgepreßt.

Inzwischen sind die Preise weiter gefallen. Die Münchener Auktion für Häute und Felle am 11. Mai brachte für Kleinviehhäute 8 Mark gegen 64,75 Mark auf der letzten Auktion. Bei Großviehhäuten betrug der Rückgang der Preise 60-70 Prozent. Dasselbe Schauspiel wiederholte sich mit fortschreitender Tendenz auf anderen Märkten und für andere Waren: Holz, Metalle, Wolle usw. Vom 4. bis zum 7. Mai sind nach offiziellen Feststellungen in Berlin die Metallpreise folgendermaßen zurückgegangen: Gefäßblech von 2512 auf 2375 Mark, Raffinaderkupfer von 1800-1850 Mark auf 1650-1700 Mark, Weichblech von 700 Mark auf 625-650 Mark, Zink von 775-800 Mark auf 700-750 Mark, Aluminium von 3750-3600 Mark auf 3450-3550 Mark, Zinn von 8300-8500 Mark auf 6600-6900 Mark, Neimittel von 5200-5400 Mark auf 4800 Mark; alles für 100 Kilogramm.

Der Wollverwertungsverband in Berlin brachte Dienstag, den 11. Mai, etwa 3400 Zentner Wolle zur Versteigerung. Der Besuch der Auktion war recht lebhaft. Die wenigen Gebote hielten sich meist unter den Mindestpreisen, unter denen die Wolle nicht verkauft werden sollte. Es mußte daher der größte Teil der Ware wieder zurückgenommen werden, so daß

im ganzen nur 300 Zentner verkauft wurden. Die erzielten Durchschnittspreise beliefen sich für 50 Kilogramm netto ab Lagerstätte für Baumwolle auf 1700-2450 Mt., für Mutterwolle auf 2200-3200 Mt., für Merinowolle auf 3300 Mt. und für Schmutzwolle auf 1800-2560 Mt.

Seit dieser Zeit sind neue Preisrückgänge zu verzeichnen. (Schluß folgt.)

Um Strickstrumpf und Kochtopf

soll sich die Frau bekümmern und nicht um Politik. Das haben die Frauen von den Vertretern aller bürgerlichen Parteien hören müssen.

Alle bürgerlichen Parteien haben den Frauen das Wahlrecht vorenthalten.

Die Revolution hat den Frauen das Wahlrecht gebracht!

Die kapitalistischen Ausbeuter und die bürgerlichen Parteien hatten das größte Interesse daran, die Frauen von der Politik fern zu halten.

Umso bequemer konnten sie den Frauen die Kochtöpfe ausleeren und die Strümpfe ausziehen. Je weniger die Frauen sich um die Politik kümmerten, desto besser konnten die Kapitalisten sie und ihre Kinder ausbeuten, ihre Männer in den wörderischen Krieg schicken, um sich an ihrem Blute zu mästen.

Frauen, Arbeiterinnen!

Wenn Ihr heute so wenig im Kochtopf habt, wenn Eure Strümpfe so schadhast sind, so sind das Folgen einer

schlechten, den Interessen der kapitalistischen Ausbeuter dienenden Politik, die Euch noch alles aus dem Kochtopf nimmt, Eure Kinder verhungern läßt und Euch selbst bis aufs Hemd auszieht. K ü m m e r t Euch um Politik, dann kümmert Ihr Euch am besten um Kochtopf und Strickstrumpf!

Die Wahlen stehen vor der Tür.

Frauen und Mädchen, Arbeiterinnen und Hausfrauen an die Wahlurne!

Wählt die Liste der Partei, die den Krieg beendigte, die Euch das Wahlrecht brachte. Die Reaktion bringt Euch Hunger, mordet Eure Männer und Söhne im Krieg, tötet Euch die Kinder im Mutterleibe, zieht Euch nackt und bloß aus. Die Reaktion ist Wucher, Erpressung, Ausbeutung — ist Verachtung der Frau, die ihr ein Wesen zweiter Klasse ist.

Alle bürgerlichen Parteien sind reaktionär!

Eure Stimmenabgabe am 6. Juni muß sein:

Nieder mit der Reaktion!

Frauen, Mädchen, Arbeiterinnen, wählt! Wählt die Liste der Partei, die die Vorkämpferin für Euer Recht war, die den Krieg überwunden, die Euch das Wahlrecht gebracht hat.

Wählt am 6. Juni nur die Liste der K. S. P. D.

Für Mittelschlesien Gruschwitz-Müller für Niederschlesien Kemitz-Biegler.

Aus der Internationale.

Die wirtschaftliche Lage in Spanien.

Nach Spanien, das an der allgemeinen Wirtschaftskrise unbeteiligt geblieben ist, kann sich den Wirkungen der durch den Krieg hervorgerufenen wirtschaftlichen Krisen, die besonders seit dem Waffenstillstand katastrophale Formen angenommen haben, nicht entziehen. Allerdings fällt hier das Moment des Papiergeldverbrauchs fort. Der Goldbestand der Bank von Spanien ist bedeutend angewachsen. Hunderte von Millionen sind in den Jahren 1915-18 ins Land geflossen, dank der von den Entente-Staaten bewirkten Käufe an Geweben, Pferdegeschirren, chemischen Produkten, Mineralien und Nahrungsmitteln und ganz besonders dank der erhöhten Frachtpreise, die die spanischen Reeder von den Kämpfenden, denen sie ihre Schiffe liehen, einheimstien. Einige Tausend Kapitalisten haben sich so außerordentlich bereichert.

Andererseits mußte Spanien auf den größten Teil seiner Einfuhr verzichten, da die europäischen Lieferanten entweder durch die kriegerischen Aktionen direkt an der Ausfuhr gehindert waren oder infolge Fehlens der Rohstoffe und besonders Maschinen die Produktion einstellen mußten. So ist denn seit mehreren Jahren die Einfuhr um 500 000 000 pro Jahr gesunken, welche Summe dadurch im Lande bleibt und zu den Ergebnissen der vorerwähnten Verkäufe hinzugefügt, einen großen Geldüberfluß erzeugt hat.

Das Fehlen der ausländischen Konkurrenz und das Anwachsen der im Lande vorhandenen Goldmenge hat zu einer Preissteigerung der natürlichen Landesprodukte geführt, hauptsächlich des Getreides und des Deles, dessen Ausfuhr die spanische Regierung unterjagen mußte, weil sonst die angrenzenden Nachbarländer die gesamte Produktion aufgekauft hätten.

Es ist also in Spanien wie überall. Die Reichen haben sich weiter bereichert und die Armen sind noch ärmer geworden, als sie schon vorher waren. Und der Mittelstand ist zermalmt worden. Die Lebensunterhaltskosten sind um mehr als das Doppelte gestiegen. Die folgende Tabelle, die die täglichen Unterhaltskosten einer Familie mit 5 Kindern zeigt, stammt von dem Führer der asturischen Bergarbeiter Diazal.

Table with 3 columns: Item, 1914, 1920. Rows include: Brot, 3 Kilogramm; Fleisch, 250 Gramm; Reis, 300 Gramm; Bohnen, 300 Gramm; Kartoffeln, 1 Kilogramm; Seife, 250 Gramm; Speck, 100; Wurst, 100; Zucker, 100; Stäbchen, 500; Kleider; Miete; Del.

zusammen 4,60 11,28 Mk.

Niesengewinne der englischen Baumwollindustriellen.

In der Sitzung des englischen Unterhauses wurde an den Präsidenten der englischen Handelskammer die Frage gerichtet, ob es ihm bekannt sei, daß die „Bell Spinning Company“ in Oldham die Ausschüttung einer Jahresdividende von 533/4 Prozent, die für das verlossene Halbjahr auszuzahlen wäre, angekündigt habe. Eine ähnliche Anfrage wurde hinsichtlich der „Times Spinning Company“ gestellt, von der eine Dividendenausschüttung von 800 Prozent gemeldet wird.

Hinsichtlich der „Bell Spinning Company“ bestätigte der Präsident der Handelskammer die Richtigkeit der angegebenen Höhe der Dividendenausschüttung, wußte aber hinsichtlich der „Times Spinning Company“ nicht zu sagen, ob die gemeldeten Zahlen richtig seien.

Aus dem weißen Ungarn.

von ... (Fortsetzung.)

Die Beschuldigungen und Verleumdungen werden immer heftiger, nicht minder die Abwehr und die Gegenangriffe des temperamentvollen Segners; Anschließungen aus literarischen und nationalen Verbänden tunen, und heute ist Szabó dabei, genau so ein aus der Herde hinausgehendes, vor Mut und Energie sich selbst verleiherndes tragisches Fragezeichen zu werden, wie es Széchenyi, der größte ungarische Politik- und Wirtschaftsreformer, und Ady, das künstlerisch größte lyrische Genie aller ungarischen Dichter war. Er hat den Stolz der liberalen Demokraten und der Sozialisten, aber auch das Mißtrauen der herrschenden Macht gegen sich und muß wieder jene persönlich-leibhaftige Dual magyarisches Selbstverpöndung und trotziger, lähmender Verbitterung erleben, die er schon in der gegenwärtigen Proklamatio seines Kommano empfand.

Szabó ist Proletant, seine künstlerische und soziale Weltanschauung zwar antimenschlich, aber von einem hartnäckigen modernen europäischen Gesichtskreis. Tatsachen, die genügen, um den Krampf der gegenwärtigen Zustände in Ungarn über den liberalen reaktionären und kapitalistischen Hintergrund der im vorliegenden Heft aufzuführen. Zum Glück steht ihm die von Tag zu Tag mächtiger anwachsende Schaar jener gleichgesinnten Jugend zur Seite, die das Kommano der sozialen Revolution ebenfalls auch ehrlich herbeigeholt, sich aber dann aus derselben unheimlichen Gründe eines lebensschafflichen Lebensverweigerungswahns wie ihr Führer in die Arme der Gegenrevolution warf. Es ist noch nicht so weit, um in die tatsächliche Leitung des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens herbeizutreten. Aber die politische und geistige Entwicklung des Landes wird, dank auch vor allem den unglücklichen Fehlgriffen des gegenwärtigen Rates, über kurz oder lang unweigerlich vor die Notwendigkeit einer neuen und gründlichen Programmarevision gestellt sein. Und dann muß

es zur Abrechnung zwischen den beiden Polen der ungarischen und christlichen Orientierung kommen; zwischen ihrer die Gegenwart terrorisierenden, dogmatisch und konservativ starren, chauvinistisch und katholisch selbstüberhebenden, politisierenden und kapitalistischen Vergangenheit und ihrer Zukunft, die auch und eigentlich auf einzig richtige Weise für das freie, wirtschaftlich und geistig vollgültige, produktive Selbstentfalten der ungarischen Rasse kämpfen wird, aber jenseits aller nationalen und kirchlichen Vorbehalte. Das Ergebnis dieser Auseinandersetzung kann nicht zweifelhaft sein. Freilich, und hierin liegt das Problematische der Jugendbewegung, muß sich vorerst ihre Stellung zur Judenfrage ändern.

Der Antijudaismus brachte das reiflose Durchdringen der modernen geistigen Jugend Ungarns zur sozialrevolutionären Bestimmung zum Scheitern. Er bezog sie zur Verleugnung des kommunistischen Glaubens und lieferte ihre geistige und moralische Freiheit dem Herrschen und totalitären Wächter eines terroristischen Baneralkapitalismus aus. Ein tragischer und lähmender Zwiespalt, da jene Reaktion dem jüdisch-katholischen, von dem Gebot der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umgestaltung immerhin unwiderwillig beizufassen und freizusetzenden Unwandelbaren der neuen ungarischen Jugend, trotz mancher oberflächlichen Uebereinstimmung in Schlagwörtern eigentlich doch weisensfremd ist. Denn obwohl die soziale Revolution in ihrer programmatischen Regelmäßigkeit der Wahrung magyarisches Rassentums natürlich keine Erwähnung tut, bedeutet sie, von einer breiteren Grundlage aus nach allgemeinem Ziele vorgehend, doch eine viel größere, ja die einzig sichere Möglichkeit eben jener moralischen und geistigen Selbstbefreiung, Entfaltung und Erhöhung jeder Rasse, also auch der ungarischen, welche eine so beworgte ideale Forderung des geistigen Ungarns von heute ist.

Der moderne Kapitalismus mit seinem rasenden Tempo des steten wirtschaftlichen Reizes und der rücksichtslosen

Herrschaft materialistischer Geschäfts- und Handelsbetriebe bedeutet gerade für das wirtschaftlich so wenig begabte Magyarentum eine ganze Welt von feindlichen Lebensbedingungen, denen es nicht gewachsen ist. Daher die unbedingte Ueberlegenheit und Macht des Judentums in Ungarn auf allen Gebieten, wo die kapitalistische Wirtschaft Spekulation, Unternehmungsgeist, rasche und sichere Konjunkturpassung, Konkurrenzstun, Zähigkeit, Klugheit und Organisations-talent erfordert. Bei der Großindustrie genau so wie im Handel und im modernen Großgrundbetrieb. Es gibt überhaupt keinen ungarischen Kaufmann, Unternehmer oder Fabrikanten jener modernen Großzügigkeit, wie ihn der Engländer und Deutsche so oft repräsentiert. Höchstens nur als äußerst seltene, krasse Ausnahme. Solange das wirtschaftliche Leben eine Sache des freien Privatkapitalbetriebes bleibt, wird das Magyarentum immer an den physisch, geistig und moralisch hemmenden Folgen seiner kapitalistischen Winderfähigkeit leiden und seitens der jüdischen Mitbevölkerung eine weitgehende Bevormundung und auch Ueberverteilung erdulden müssen. Das ist klar. Wieviel Vereine hat man schon in Ungarn und besonders im „weißen“ zur Niederkämpfung der jüdischen Wirtschaftsverlegenheit gegründet, wieviele Aufsätze und Flugblätter zur Aufklärung und Ermunterung des magyarisches Geschäftsinnes geschrieben, trotzdem aber brachte man es nicht so weit, für den gleichen Preis wie der jüdische Kaufmann wenigstens die gleiche Auswahl und Güte der Waren bieten zu können. Es ist geradezu komisch, wie man überall in allen „ausgesprochen christlichen“ Unternehmungen, u. a. bei der administrativen und wirtschaftlichen Leitung der radikalsten antisemitischen Tagesblätter, wo der Betrieb modernen Geschäftsfian erfordert, Juden an der Spitze steht, wenn nicht öffentlich, so als Regisseure hinter den Kulissen. Liegt es nicht sonnenklar auf der Hand, daß ein moderner, lebensfähiger Kapitalismus in Ungarn ohne unbedingte wirtschaftliche Vorherrschaft der Juden unmöglich ist?

(Fortsetzung folgt.)

Die allgemeine Not an Kleidungsstücken und an Rohstoffen, die zur Herstellung von Kleidungsstücken dienen, wird von den englischen Baumwollindustriellen weidlich ausgenutzt. Der wahnwitzige Preiswucher beraubt immer weitere Kreise der Bevölkerung der Möglichkeit, ihren Bedarf an Kleidungsstücken zu decken. Der Weg, auf dem die englischen Unternehmer zu Reichtümern gelangen, ist zugleich der Weg, der das englische Proletariat in immer tiefere Verarmung führt. Je mehr die Preise anschwellen, desto mehr schrumpft die Zahl der Käufer zusammen, bis schließlich der Zeitpunkt eintritt, da auf der einen Seite die Ware ist, die keinen Käufer findet, und auf der anderen Seite die notleidenden Massen, die ihren Mangel nicht lindern können, weil die Preise der der Käufer hartnäckigen Waren für sie unerschwinglich sind. Deutschland ist warnendes Beispiel.

Republik Deutschland

Teilweise Aufhebung des Ausnahmezustandes.

Der Reichspräsident hat die auf Grund des Artikels 48 erlassenen Ausnahmevorschriften aufgehoben für folgende Bezirke: Berlin, Brandenburg, Pommern, die Reste der früheren Provinzen Westpreußen und Posen, für Schleswig-Holstein, Hannover, Hessen-Nassau, sowie für die Rheinprovinz, außer dem Regierungsbezirk Düsseldorf; ferner für Hessen, Mecklenburg, Braunschweig, Oldenburg, Anhalt, Waldeck, Lippe-Detmold, Schaumburg-Lippe und die Hansestädte. Im Freistaat Sachsen, in Württemberg, Baden und in Thüringen mit Ausnahme von Gotha bestehen Ausnahmevorschriften nicht. Ueber Ostpreußen, Schlesien und die Provinz Sachsen wird noch ein näherer Bericht vor der Entscheidung abgewartet. Die Entscheidung soll in den nächsten Tagen erfolgen.

Diese teilweise Aufhebung kommt dem Beschluß der Nationalversammlung vom Donnerstag scheinbar weit entgegen. In Wirklichkeit ist die Aufhebung gerade in den Gebieten, wo sie von Bedeutung gewesen wäre, nicht erfolgt, vor allem in Bayern, Düsseldorf und Schlesien. In Düsseldorf können also die Kriegesgerichte weiter tagen, in Bayern wird der Belagerungszustand einer ganz reaktionären Regierung weiterhin als Waffe dienen und in Schlesien wird die Reaktion weiter konspirieren können, ohne fest angepackt zu werden, während das revolutionäre Proletariat unter Schikanen zu leiden hat.

Die Deutschnationalen und der Kapp-Lüttich-Putsch.

In einer in Halle abgehaltenen deutschnationalen Wählerversammlung führte der deutschnationalen Kandidat Schäfer zum Kapp-Putsch folgendes aus: „Ich will es offen bekennen, was Kapp wollte, das wollte ich auch! Wir alle wollten eine unfähige Regierung wegjagen. Er war Feind von uns und ich bin ehrlich, das zu bekennen. Vor aller Öffentlichkeit muß ich eine Lüge für meinen Freund brechen und für seine Ehre eintreten. Dasselbe gilt von unserem Kampfgefährten Traub, dem die Regierung jetzt das Vermögen beschlagnahmt.“ — Herr W. Kroschel, der bis zum 12. September 1919 Generalsekretär der Deutschnationalen Volkspartei war, sah dann wegen ihrer gemeindefählichen Politik von ihr abwandte und jetzt als Generalsekretär der Deutschen Volkspartei fungiert, äußerte sich über die Mitwisserschaft der Leitung der Deutschnationalen Volkspartei um den Streich der Kapp-Lüttich folgendermaßen:

„Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die gesamte Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei bis ins kleinste von dem Staatsstreich Kapp-Lüttich unterrichtet und mit Kapp und Traub an der Vorbereitung des Putsches beteiligt war. Die moralische Verantwortung für den Staatsstreich Kapp-Lüttich und dessen Auswüchse trifft Herzog und v. Wiedner, die Führer der Partei. Was die Deutschnationalen Parteileitung noch so gewundene Ableugnungen vorbringen, das Verhältnis von Kapp und Traub zur Parteileitung war ein so inniges, so daß ohne Zweifel anzunehmen ist, daß mindestens vor Traubs Schritt — Übernahme eines Ministerpostens — eine Verständigung stattgefunden hat. Auch waren die Personen an dem kritischen Tage im Verkehr mit Kapp, daß jeder Zweifel darüber schwinden muß, daß Herzog und v. Wiedner nichts gewußt haben sollten.“

Kapitalistische Wirtschaft.

Produktionsminderung zur Aufrechterhaltung von Wucherpreisen.

Die Hauptfirmen der Baumwoll- und Seidenindustrie Japans ermäßigten ihre Preise um die Hälfte; Nachrichten aus den Wirtschaftszentren melden die Einstellung der Arbeit. Einige Firmen haben ihre Arbeiter beurlaubt. Die zeitweilige Schließung der Webereien wird auf die Absicht der Weber zurückgeführt, die Erzeugung um die Hälfte zu verringern, um die weichenden Preise zu halten.

Die Erkenntnis von der dringenden Notwendigkeit der Umgestaltung der Produktion im Sinne der sozialistischen Bedarfswirtschaft muß angesichts dieser Maßnahmen kapitalistischer Produzenten in einer Zeit des Mangels und der allgemeinen Verelendung Gemeingut der internationalen Arbeiterchaft werden.

Gewerkschaftliches.

Die Radikalisierung der Gewerkschafter.

Daß auch in den Gewerkschaften, die bisher am treuesten zur Politik der Generalkommission und des glorreichen Kriegesozialismus standen, die Mitglieder allmählich des arbeiterschaftlichen Geistes überdrüssig werden, lehrt der Ausfall der Delegiertenwahlen zur Verbands-Generalkonferenz

der Buchdrucker in Berlin. Die Berliner Gruppe der Buchdrucker hatte insgesamt 25 Delegierte zu wählen: sie entfielen 19 auf der Seite der Opposition stehende Delegierte und nur 6 Rechtssozialisten.

Gegen die Arbeitsgemeinschaft.

Der Verbandstag der deutschen Bauarbeiterverbände in Karlsruhe beschloß, den Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft der hängewerblichen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände. Bravo!

Eine Gewerkschaft der Unternehmer?

Der „Hansabund“ fordert in einem Rundschreiben alle auf dem Boden der Eigenwirtschaft stehenden Fach- und Unternehmerverbände auf, sich in letzter Stunde zusammenzufinden zur Bildung der einzig noch möglichen Abwehrorganisation, einer Gewerkschaft der Unternehmer. In dem Rundschreiben heißt es u. a.: „In den beiden Tatsachen, daß einmal die Beseitigung der dem gesamten Unternehmertum gemeinsamen Existenzgrundlage der Eigenwirtschaft durch behördliche Maßnahmen zum Teil bereits verwirklicht worden ist und andererseits, daß die Möglichkeit solcher verderblichen Regierungsmaßnahmen nur in der völligen politischen Ohnmacht des Unternehmertums (!) zu erblicken ist, begründet sich die unumgängliche Notwendigkeit des Aufbaues der Gewerkschaft der Unternehmer.“

Nach diesem Alarmruf könnte fast angenommen werden, daß es in Deutschland unter der gegenwärtigen Regierung tatsächlich eine „Sozialisierungsfahr“ gibt. Leider ist es nicht der Fall. Die Gewerkschaften der Arbeiter ziehen aus den Rüstungen der Unternehmer gegen die Sozialisierung hoffentlich den Schluß, daß sie ihrerseits einen weit energischeren und klareren Kampf für die Sozialisierung führen müssen.

Wir fragen:

Ist es wahr, daß in Liegnitz unter der Leitung des Hauptmanns von Puttkamer eine Filiale des Breslauer Generalkommandos existiert, deren Offiziere und Mannschaften, mit Arbeit überbürdet, in Privathäusern arbeiten, angeblich, um sich der Kontrolle der Entente-Kommission zu entziehen?

Aus der Provinz.

Neue Ortsgruppen der U. S. P.

wurden vor einigen Tagen nach Referaten des Genossen Eug. Breslau in Steinseifersdorf, Königswalde und Ober-Beilau gebildet.

Lokales.

Breslau, den 26. Mai.

Wittwoch, den 26. Mai 1920 abends 8 Uhr, in den Eisensälen Räte-Vollversammlung

Wahnung.

Veopold Jakob.
Nimm eine Leuchte in deine Hand
Und gehe dorthin, wo es finstler ist,
Wo es ganz finstler ist,
Und strecke die Leuchte über die dort schlummernd
Und nichts wissen von sich,
Bis ihre Wimpern zuden
Und sie sich hin und wieder wägen.
Und rufe laut, daß es hallo
Von Hügel zu Hügel,
Von Tal zu Tal:
Wacht auf! Wacht auf!
Ihr habt zweitausend Jahre geschlafen,
Das ist lange genug. Wacht auf! Seht,
Es will lichter Morgen werden!

Und es hören es die Hügel,
Und es hören es die Täler,
Und es hören es die Ufer des Meeres alle,
Und die Wellen am Ufer hören es,
Und beginnen es gegeneinander zu schlagen.
Und die Tiefen des Meeres hören es,
Und steigen mit Freuden empor,
Und die letzten Wellen hören es
Und schlagen es an die Felsen mit Jubel.
Da dröhnt das Land.
Ein neues Licht durchquert alle Menschen,
Aufjauchzen die Nationen der Erde.
Denn der Fluch ist von ihnen genommen,
Und den Vätern sind die Augen aufgetan,
Und wollen als freie Menschen wohnen,
Und ein Blutbad unter ihnen wird nicht mehr sein.

Die Konterrevolution in Schlesien.

„Ob ich im Ernst, wie das vorige Heft andeute, an die Gefahr neuen Putsches glaube? Die Gegenfrage müßte lauten: Kann irgendein Wucher, der den Zustand Deutschlands, in Süd und Nord besonders, und die zu Handlung Berufenen (oder sich Berufenden) wahren, an einem Umsturzversuch zweifeln? Gewiß nicht es nicht morgen, dann übermorgen.“ Nazimilkan haben in Nr. 84 der „Zukunft“ vom 22. Mai: „Was will da werden?“

Die Befehlsstelle VI (Generalkommando) hat auf die Presse-Erklärungen über die Vorbereitungen zum nächsten Rechts-Putsch reagiert, das ist selbstverständlich; und selbstverständlich erklärt sie, daß von Vorbereitungen, um Gefahren

seitens der Nationalisten nicht die Rede sein kann. Die Truppenverchiebungen in der Umgegend Breslauer geschahen alle harmlos befehlsgemäß, von Unsturzhorden ist nicht bekannt und im übrigen soll das Publikum seine Aufmerksamkeit auf den toisiger bald einsetzenden Spartakistenputsch konzentrieren. Das also ist des Putsches Kern! Die Tatsachen der Vorbereitungen zum Spartakistenputsch werden mit einer ärgelichen Handbewegung in den Bereich der Lüge geschickt und der Spieß umgedreht: Spartakistenputsch. Wir haben nichts anderes erwartet. Von einem kaiserlich-republikanischen Generalkommando ist nichts anderes zu erwarten. Wir erwarten aber, daß das Proletariat auf die Ableugnungserklärung des Generalkommandos mit verstärkter Abwehrhaltung antworten wird.

Wir fragen die Öffentlichkeit: Ist es wahr, daß auf dem hiesigen Hauptbahnhof fortgesetzt systematisch Verbungen für die Reichswehr (Freikorps) vorgenommen werden? Wir würden uns keineswegs wundern, wenn es tatsächlich der Fall ist, wie wir uns nicht darüber wundern, daß die Zeitfreiwilligen und Einwohnerwehren wiederum zu konterrevolutionären Zwecken gerüstet sind. Dieselbe Frage an das Generalkommando zu richten, wäre lächerlich; wir unterlassen sie.

Das Generalkommando teilt folgendes Schreiben des Ersten Staatsanwalts Breslau mit:

„Das gegen unbekannt Angehörige des Freikorps Aulock eingeleitete Ermittlungsverfahren wegen der Vorgänge in der Schweidnitzer Straße am 18. März 1920 gelegentlich des Abmarsches dieses Truppenteiles habe ich eingestellt, da die Ermittlungen einwandfrei ergeben haben, daß der Angriff aus der Menschenmenge heraus auf die Truppe erfolgt ist, diese sich somit in der Verteidigung und damit auch in Notwehr befand.“

So, so. Das Freikorps Aulock hat in Notwehr gehandelt. Sicherlich werden wir nächstens hören, daß Schottlaender, Demmig und die anderen Genossen aus Notwehr gemartert und ermordet wurden, daß sich Herr von Schmettow und Herr von Kessel aus Notwehr zum kommandierenden General und Oberpräsidenten von Schlesien machten und daß überhaupt die ganze Skapade (die zweite Auflage folgt bald) als Notwehrakt erfolgte.

Wenn während der Kappregierung Maßregelungen von Heresangehörigen vorgekommen sind, so ist dies zu melden.“ So ungefähr lautete ein Befehl, der vor ca. 3 Wochen durch die Truppen lief. Das 3. Btl. Reichswehrrgt. 12 meldete Zehsanzeige.

Und wie sind die Tatsachen? Bei der 8. Komp. Reichswehrrgt. 12 befand sich ein Sanitätssergeant Nagel, dem auch nicht ein einziger Vorgesetzter irgend einen Verstoß nachsagen kann. Er wurde, er war ja Bataillonsvertrauensmann, wegen „spartakistischer Gesinnung“ in Arrest gesteckt und dann sofort entlassen. Geschehen am 18. März 1920 zu Striegau.

Das ist nur ein Beispiel aus der Menge der Tatsachen.

Der Arbeiter Alfred Sowinski, Breslau, Andertenstraße 35, erhielt am 12. Mai einen gerichtlichen Strafbefehl in Höhe von 100 Mk. oder 10 Tagen Gefängnis mit Tragung der Kosten, weil er eine Handgranate, die er f. Zt. zur Abwehr gegen die Kappisten von einer Verteidigungsleitung erhalten hatte, nicht wieder an die konterrevolutionären Militärs abgeliefert hat. — Das Gericht ist in diesem Fall so vorgegangen, weil der „Waffenbesitzer“ nicht zu den studentischen, kappistischen Zeitfreiwilligen gehörte, sondern antikappistischer Arbeiter ist. Deutschland! Die Frage an das Gericht zu richten, warum bis jetzt kappistische Waffenbesitzer nicht bestraft worden sind, wäre lächerlich, wir unterlassen sie.

Proletarier! Die Reaktion fühlt sich sicher, sie rüstet zum neuen Putsch. Uebt höchste Aufmerksamkeit und seid in höchster Bereitschaft. Glaubst dem Generalkommando und der nationalistischen Presse nicht ein Wort. Glaubst nur, daß eure Todfeinde einen furchtbaren Schlag gegen Euch organisieren! Rüstet zur Abwehr!

Neue Größen.

Herr Hermann Zimmer, Oberpräsident, Verwaltungsdirektor der Allgemeinen Ortskrankenkasse, ist an Stelle des „Elite-sozialisten“ Philipp zum kommissarischen Oberpräsidenten von Schlesien ernannt worden. Herr Zimmer ist strammes Mitglied der rechtssozialistischen Partei, also angeblich Sozialist.

Herr Dr. Proste, Stadtrat in Ratibor, ist an Stelle des meggeagten Kappisten Schimmelpennig zum kommissarischen Oberpräsidenten beim Breslauer Oberpräsidium ernannt worden. Herr Dr. Proste ist Mitglied der rechtssozialistischen Partei, also angeblich Sozialist.

Herr Eugen Ernst, Berlin, ist an Stelle des ungläublichen „Elite-sozialisten“ Voigt zum hiesigen Polizeipräsidenten ernannt worden. Herr Ernst ist Mitglied der rechtssozialistischen Partei, der berühmte Verdränger Eichhorn, vom Posten des Berliner Polizeipräsidenten im Januar 1919 und Kalat Kapps, der er sich nicht scheut hat, auch unter der Diktatur Kapps und Konstantin im März sein Amt als Polizeipräsident von Berlin weiterzuführen. Deswegen wurde er ja dann hinausgeschickt, um jetzt in Breslau als Stütze der Republik aufzutreten. Gedankt er sich beim nächsten, bald einsetzenden Rechtsputsch wieder auf dem Boden der Tatsachen zu stellen und die Konterrevolution aktiv zu unterstützen? Wir werden uns mit Herrn Ernst noch des öfteren beschäftigen.

Im Esurter Programm heißt es: „Wahl des Beamten durch das Volk.“ Wer hat z. B. Herrn Ernst zum Breslauer Polizeipräsidenten gewählt? Das Proletariat nicht!

Sabotage der Gewerkschaften.

Wir lesen in der Sonnabend-Nummer der „Volkswacht“: Aus Gewerkschaftskreisen werden wir darauf hingewiesen, daß der Erwerbslosenrat keine bedeutende

